

Bauprojekt in Plittersdorf - Anwohner kämpfen um Grünstreifen an Kennedyallee

Judith Nikula

Bauprojekt in Plittersdorf

Anwohner kämpfen um Grünstreifen an Kennedyallee

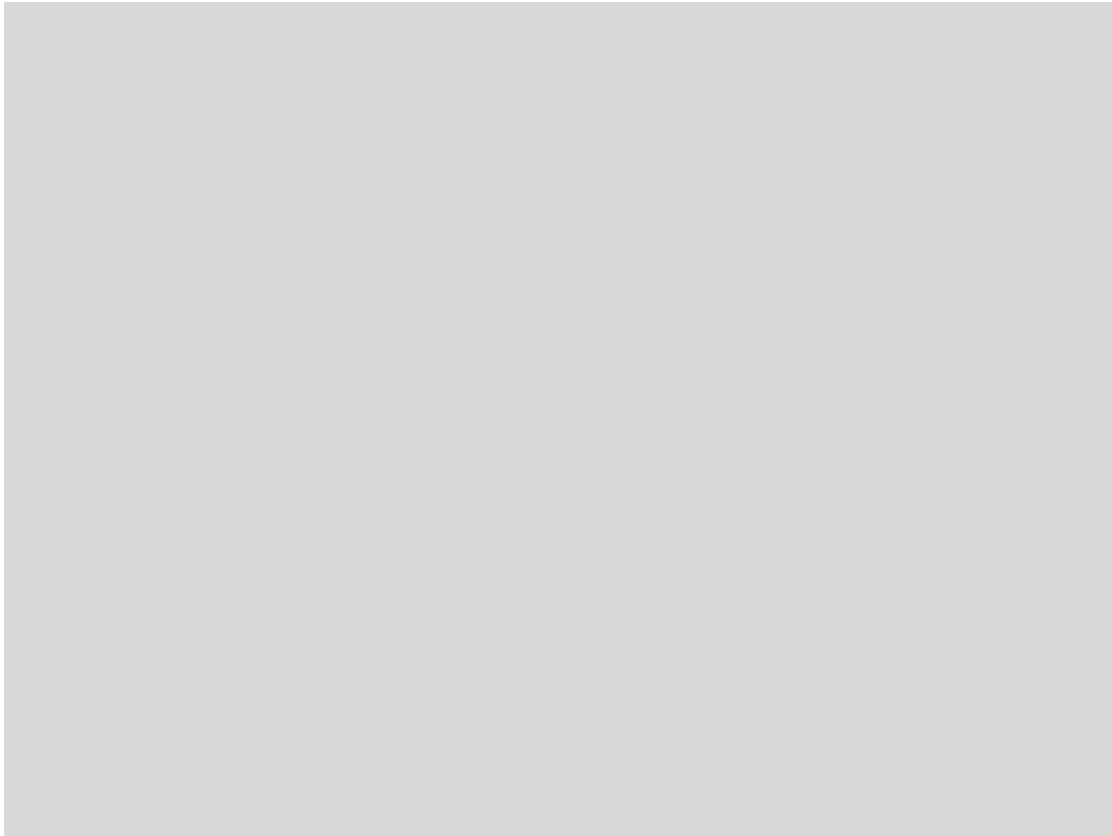


Foto:

Benjamin Westhoff

Mit kritischem Blick: Anwohner begutachten den Bebauungsplan für das Areal im Hintergrund, das noch die Postbank nutzt.

Plittersdorf. Das umfangreiche Bauprojekt an der Kennedyallee steht bei Anwohnern in der Kritik. Während die Architekten zahlreiche kranke Bäume fällen wollen, befürchten die Bürger Parkprobleme.

Es schienen Hunderte Fragen zu sein, die den Anwohnern zwischen Kennedyallee und Ahrstraße auf der Seele brannten. Am Mittwochabend trafen sich etwa 40 Beteiligte der Bürgerinitiative Flussviertel im Wissenschaftszentrum mit Stadtplanern, Politikern, Investoren und Architekten, um sich über den Stand des Bauprojektes an der Kennedyallee 62-70 auszutauschen. Derzeit wird das Areal in Plittersdorf noch von der Postbank genutzt. Diese hatte den Gebäudekomplex im Mai 2018 jedoch an die Düsseldorfer Gerchgroup verkauft, die an der Allee 42 000 Quadratmeter bebauen und dafür 130 Millionen Euro investieren will. Zur Kennedyallee hin sind siebengeschossige Büros und ein Kindergarten geplant. Entlang der Ahr- und Moselstraße sollen Wohnungen auf drei beziehungsweise vier Etagen entstehen, etwa 40 Prozent davon als Förderwohnungen. Der Baubeginn ist für 2021 vorgesehen.

Kritik an Umwelteingriffen und fehlenden Parkplätzen

Kernanliegen der Bürger waren am Mittwochabend die Bäume, die derzeit an zwei Grünstreifen entlang des Areals stehen. Das Konzept des Kölner Architektenbüros caspar.schmitzmorkramer sieht vor, dass für die Bebauung einige Bäume gefällt werden, um an ihrer Stelle Wohnhäuser errichten zu können. „Auf dem Grundstück befinden sich derzeit 171 Bäume. 70 bis 80 davon fallen weg“, berichtete ein Planer. Im Vorfeld hatte das Büro ein Gutachten in Auftrag gegeben. Demzufolge sei ein großer Teil der Bäume auf den beiden Grünstreifen mit Pilzen befallen und auf Dauer ohnehin nicht zu erhalten. Teilweise werde aber Ersatz gepflanzt, betonten die Architekten.

Dies stieß bei der Bürgerinitiative, zu der sich insgesamt etwa 150 Anwohner zusammengeschlossen haben, auf massive Kritik. „Sie schaffen für die gefällten Bäume keinen Ersatz heran“, bemängelte eine Anwohnerin mit lauter Stimme. „Sie halbieren den Grünstreifen – und das, wo Bonn doch gerade erst den Klimanotstand ausgerufen hat.“ Es sei bei hohen Temperaturen im Sommer nicht gerade förderlich, wenn die Zahl der Bäume reduziert werde, ergänzte ein weiterer Anwohner. Was den Pilzbefall angehe, wolle die Nachbarschaft vermutlich ein eigenes Gutachten anfertigen lassen, um die Bäume ein zweites Mal auf ihre Gesundheit überprüfen zu lassen.

Ein weiteres Problem sieht die Initiative im vorgesehenen Parkraumkonzept. So wird es auf dem Gelände vier oberirdische Stellplätze geben, die für die Kita an der Kennedyallee vorgesehen sind. Unter dem gesamten Areal soll zusätzlich jedoch eine weitflächige Tiefgarage verlaufen, die Platz für die Fahrzeuge von Anwohnern bietet. Zu- und Ausfahrten sind jeweils an der Ahrstraße und an der Kennedyallee eingeplant. „Wer kann diese Tiefgarage nutzen?“, wollte ein Bürger wissen. „Und wo können Besucher parken?“, ergänzte eine Nachbarin. Sie habe Angst, dass durch die neuen 333 Wohnungen der ohnehin begrenzte Parkraum auf der Ahrstraße weiter umkämpft würde.

Die Architekten antworteten daraufhin, dass dies mit einem Verkehrskonzept erst noch geklärt werden müsse. „Wir können all Ihre Fragen nachvollziehen, es ist allerdings zu früh, bei der Planung bereits so weit ins Detail zu gehen“, beschwichtigte Guido Schlottmann vom Stadtplanungsamt die Anwesenden. Gleichzeitig bedankte er sich für die „konstruktive Kritik“ der Anwohner. Diese werde ins Verfahren einbezogen. Dennoch wies er mit Nachdruck daraufhin, dass im gesamten Bonner Stadtgebiet dringend neuer Wohnraum geschaffen werden müsse. „Wir befinden uns in dem Dilemma, dass wir eben beides haben: Klimanotstand und Wohnungsnotstand“, äußerte Schlottmann. Nun gelte es, sämtliche Interessen in dem Bebauungsplan zu berücksichtigen.

Bereits im Frühjahr hatte die Verwaltung in einer Stellungnahme auf die Wünsche der Anwohner reagiert. Darin betonte die Stadt unter anderem, dass Gutachten zu Klima- und Umweltschutz sowie zur Verkehrssituation im Flussviertel ohnehin fest eingeplant seien und durchgeführt würden, sobald ein fertiges Baukonzept für die Kennedyallee vorliege. Die Planungen seien längst nicht abgeschlossen.